

# **PRESSEGESPRÄCH**

mit

**OÖVP-Landesgeschäftsführer  
Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer**

Montag, 13. September, 12.00 Uhr  
ÖVP-Landesparteizentrale Heinrich-Gleißner-Haus  
Sitzungssaal, 2. Stock  
Obere Donaulände 7, 4020 Linz

**Für sichere Jahre.**  
**Herausforderung Integration –**  
**10-Punkte-Programm der OÖVP für die**  
**nächste Landtagsperiode &**  
**Ergebnisse einer aktuellen Umfrage**

Sicherheitshinweis: Für die PK gilt die 3-G-Regelung. Wir bitten daher um vorherige Anmeldung unter [presse@oöevp.at](mailto:presse@oöevp.at) sowie um Mitführen eines entsprechenden Nachweises (Geimpft, getestet, genesen)

„Es gibt für uns als OÖVP eine zentrale Grundlinie: Gelungene Integration entscheidet sich nicht darüber, woher jemand kommt oder woran jemand glaubt. Sondern allein über die Haltung:

- ob man die **demokratischen Werte und unsere Art** zu leben respektiert,
- ob man sich am **Arbeitsmarkt** einbringt und
- ob man sich um die **deutsche Sprache** bemüht,

betont OÖVP-Landesgeschäftsführer Wolfgang Hattmannsdorfer. „Oberösterreich stehen weitere herausfordernde Zeiten bevor. In der Integration müssen wir in Oberösterreich dort, wo politische Stellschrauben zur Stabilisierung des Zusammenlebens verfügbar sind, konsequent handeln – mit Entschlossenheit, mit Hausverstand und immer unter Umsetzung des Grundsatzes von ‘Fördern und Fordern’“.

## **293.100 Menschen mit Migrationshintergrund in OÖ**

In Oberösterreich leben aktuell 293.100 Menschen mit Migrationshintergrund, das sind 20 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Hauptherkunftsgebiete der in Oberösterreich lebenden Menschen mit ausländischen Wurzeln im nicht-deutschsprachigen Raum sind laut Statistik Austria: Bosnien-Herzegowina (37.008 dort geboren), Rumänien (24.293), Türkei (19.891), Serbien (13.887), Ungarn (11.906), Kosovo (8.320), Kroatien (7.306), Afghanistan (6.440), Tschechien (6.303) und Polen (5.623). Dahinter folgen die Herkunftsregionen Syrien, Nordmazedonien, Slowakei, Russland, Italien, Iran, Bulgarien, Slowenien und Irak.

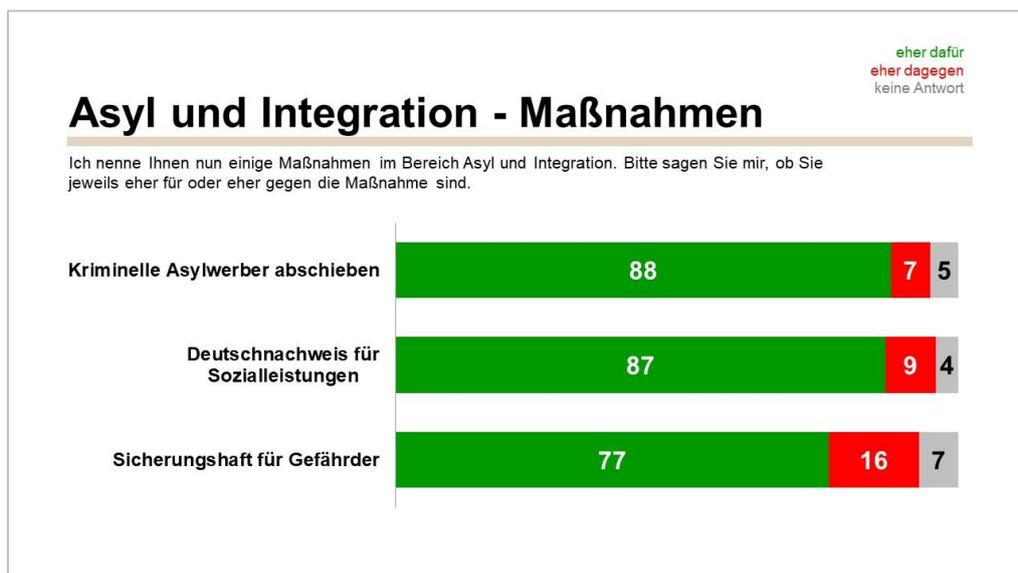
Die höchsten Bevölkerungsanteile der Menschen mit Geburtsort im Ausland verzeichnen in OÖ laut Statistik Austria die Bezirke Wels (32,2 %), Linz (29,3 %), Steyr (23,2 %) sowie die Flächenbezirke Linz-Land (20,2 %) und Braunau (18,1 %).

„Die Zahlen unterstreichen die zentralen integrationspolitischen Aufgabenstellungen und Herausforderungen in Oberösterreich. Es braucht in zweifacher Weise einen Fokus: Zunächst den Fokus auf Sprache, Werte und Arbeit als Basiselemente geordneten Zusammenlebens und zweitens den gezielten Fokus auf regionale Brennpunkte sowie die daraus erwachsenden Herausforderungen speziell in den Alltagsbereichen Kinderbetreuung, Schulen, Wohnen, Arbeitsmarkt oder Kriminalitätsbekämpfung“, unterstreicht Hattmannsdorfer.

## Aktuelles Meinungsbild in der öö. Bevölkerung

Der Umgang mit abgelehnten bzw. straffälligen Asylwerbern, Deutschkenntnisse als Voraussetzung für den Zugang zu Sozialleistungen, die Vermittlung der österreichischen Werte sowie die Aufnahme von Arbeit sind Schwerpunktthemen der OÖVP.

Die von der OÖVP vorgeschlagenen Lösungen finden laut einer aktuellen Meinungsumfrage in der öö. Bevölkerung breite Zustimmung – und das über alle Parteigrenzen hinweg (M&R, August 2021, Telefonumfrage, 600 Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher ab 16 Jahre):

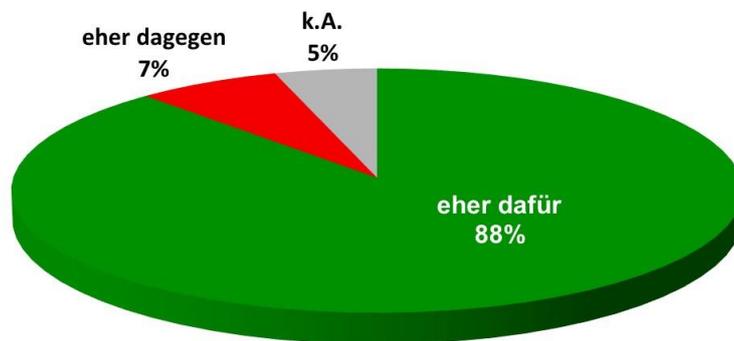


88 Prozent der öö. Bevölkerung unterstützen die Forderung der OÖVP, straffällig gewordene Asylwerber abzuschicken. Dieser konsequente Kurs der OÖVP im Umgang mit straffälligen Asylwerbern findet über alle Parteigrenzen hinweg große Zustimmung in der öö. Bevölkerung. Auch unter den Anhängern der SPÖ und der Grünen sowie unter den derzeit noch unentschlossenen Wahlberechtigten liegen die Zustimmungsraten jeweils über 80 Prozent.

Die OÖVP spricht sich im Umgang mit kriminellen Asylanten konkret dafür aus, umgehend Abschiebungen einzuleiten, indem Asylverfahren gestoppt oder bereits erlangte Aufenthaltstitel aberkannt werden. Sollte es Fälle geben, in denen die umgehende Abschiebung nicht durchgeführt werden kann, plädiert die OÖVP für die Verhängung einer Sicherungshaft. Diese Maßnahmen wird von 77 Prozent der öö. Bevölkerung begrüßt. Es muss also auch in den Augen der Bevölkerung sichergestellt sein, dass kriminelle Asylanten in Österreich bis zu ihrer Abschiebung keine Bewegungs- und Aktionsspielräume mehr haben.

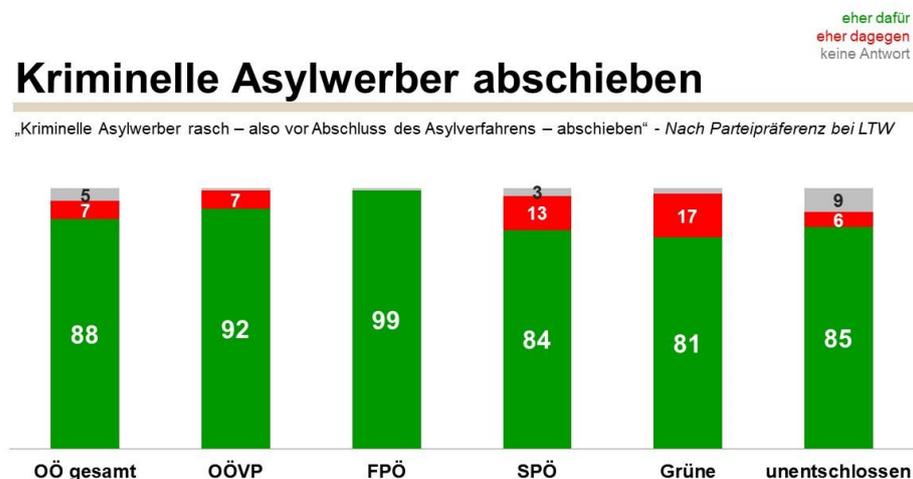
## Kriminelle Asylwerber abschieben

„Kriminelle Asylwerber rasch – also vor Abschluss des Asylverfahrens – abschieben“



## Kriminelle Asylwerber abschieben

„Kriminelle Asylwerber rasch – also vor Abschluss des Asylverfahrens – abschieben“ - Nach Parteipräferenz bei LTW



### Breite Mehrheit in Oberösterreich unterstützt

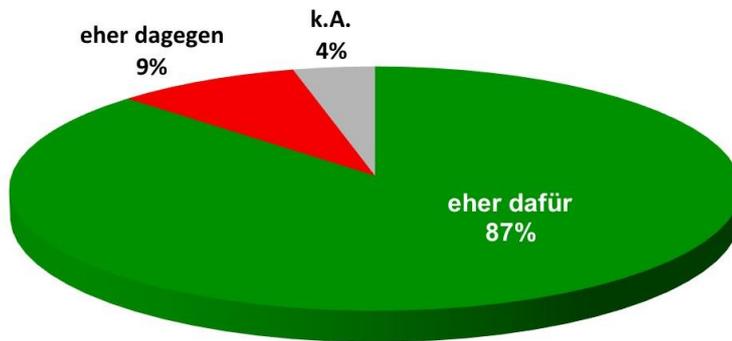
#### „Deutsch als Voraussetzung für Zugang zu Sozialleistungen“

Ebenfalls auf breite Zustimmung stößt der Vorschlag der OÖVP, nach Sozialhilfe und Wohnbeihilfe in Oberösterreich weitere Sozialleistungen an den Nachweis ausreichender Deutschkenntnisse zu knüpfen. Für diesen Schritt plädieren 87 Prozent der oö. Gesamtbevölkerung. Auch unter den Parteigängern von SPÖ und Grünen liegen die Raten der Zustimmung zu diesem Vorschlag mit 79 Prozent bzw. 75 Prozent in hohen Bereichen.

Diese breite Zustimmung bestärkt die OÖVP darin, diesen konsequenten Weg der Bindung von Sozialleistungen an Deutschkenntnisse weiterzugehen. Einen Anfang soll dabei in der kommenden Landtagsperiode eine entsprechende Umstellung bei der Familienkarte machen.

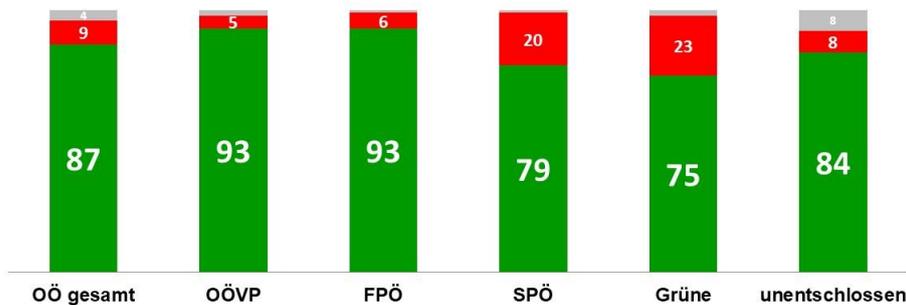
## Deutschkenntnisse für Sozialleistungen

„Nachweis von Deutschkenntnissen, um Sozialleistungen zu erhalten“



## Deutschkenntnisse für Sozialleistungen

„Nachweis von Deutschkenntnissen, um Sozialleistungen zu erhalten“ - Nach Parteipräferenz bei LTW



## 10-Punkte-Programm der OÖVP

Für die kommende Landtagsperiode ergeben sich auf Basis der Faktenlage und der klaren Meinung der oö. Bevölkerung zehn konkrete Maßnahmen und Schritte, die im Sinne von Integration, Zusammenleben und Sicherheit in Oberösterreich umgesetzt werden müssen:

### 1) Neuausrichtung der Integrationsförderungen

Laut dem jüngsten Bericht des Landesrechnungshofes wurden im Zeitraum 2015-2019 unter dem Titel „Integrationshilfe“ in OÖ in Summe 37,9 Millionen Euro ausbezahlt (im Schnitt also 7,6 Millionen Euro pro Jahr). Die OÖVP tritt angesichts dieses beträchtlichen Volumens und der vom Landesrechnungshof aufgezeigten Mängel in Förderabwicklung, Zielsteuerung und Wirkungskontrolle dafür ein, dass die Vermittlung von Deutsch und Werten für Förderempfänger zum Pflichtprogramm werden.

## 2) **Deutsch-Check bei den Landesförderungen**

Das Erlernen der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für Integration und Grund-Indikator für Integrationsbereitschaft. Daher müssen in Oberösterreich nach Sozialhilfe und Wohnbeihilfe weitere öffentliche Unterstützungen an das Erlernen der deutschen Sprache (mindestens Niveau A2) geknüpft werden.

## 3) **Konsequente Abschiebung von Straftätern und Sicherungshaft**

Wer seine Agitation, seine Ideologien oder seine Waffen gegen unsere Demokratie, unser Land und unsere Menschen richtet, hat in Oberösterreich keinen Platz. Es muss in diesen Fällen daher zum Abbruch von Asylverfahren kommen bzw. zu einer Aberkennung eines erlangten Schutzstatus sowie in der Folge zu konsequenten Abschiebungen. Die Aktionsradien von Gefährdern und abgewiesenen Straftätern sind bis zur Abschiebung durch Verhängung einer Sicherungshaft einzuschränken.

## 4) **Maßnahmen-Programm gegen Extremismus und Politischen Islam**

Oberösterreich ist und bleibt ein Land der Haltung. Daher werden wir es als OÖVP nicht dulden, wenn islamistische Kreise versuchen, Parallelgesellschaften mit eigenen Regeln oder Normen aufzuziehen. Das zuletzt im Landtag festgelegte Programm gegen Extremismus kann daher nur als erster Schritt im Kampf gegen Extremismus und Politischen Islam angesehen werden.

## 5) **Paket für Brennpunktschulen**

Eine Gesellschaft darf von den Lehrkräften nicht erwarten, auch noch grundlegende Erziehungsaufgaben zu übernehmen. Daher begrüßt die OÖVP die Auszahlung von Sondermitteln für derartige Brennpunktschulen, um die Sozialarbeit deutlich ausbauen zu können. Dies begünstigt insbesondere das Fortkommen jener Kinder, die aus dem Elternhaus nicht die nötige Bildungsunterstützung erhalten.

## 6) **Forcierung von Deutsch in Kindergarten und Schule**

Integration soll möglichst früh stattfinden. Kinder sollen Deutsch können, bevor sie in die Schule kommen, um dem Unterricht folgen zu können. Die OÖVP setzt sich daher für ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für Kinder mit Deutsch-Defiziten ein. Gleichzeitig wird die Sprachförderung in den Kindergärten weiter ausgebaut.

Schulen sind Orte, an denen oft viele Sprachen aufeinandertreffen und man sich daher im Sinne der Kommunikation auf eine Basissprache einigen sollte. Daher empfehlen wir als OÖVP, in den Hausordnungen der öö. Schulen die deutsche Sprache als Schul- und Pausensprache festzuschreiben.

**7) Unterstützungspaket für die Lehrerinnen und Lehrer**

Schulen sind nach Ansicht der OÖVP Einrichtungen der Bildungsvermittlung und müssen dies auch bleiben. Daher spricht sich die OÖVP dafür aus, den Lehrkräften auch mehr Hilfspersonal für die Erledigung von Verwaltungsaufgaben zur Seite zu stellen. Gleichzeitig müssen die Fachberatung Integration ausgebaut werden wie auch das Personalangebot für Assistenzstunden im Sinne von Integration und Sprache.

**8) Paket gegen Jugendarbeitslosigkeit**

Bildung und Berufsausbildung sind die besten Rezepte für Integration und gegen Parallelgesellschaften oder Extremismen. Daher wird es unter Verantwortung der OÖVP eine Fortführung der Programme für benachteiligte Jugendliche geben.

**9) Illegale Migration in die EU bekämpfen**

Die OÖVP tritt daher für einen strikten Schutz der EU-Außengrenzen ein. Zudem kann Österreich bei einer etwaigen Verteilung von Flüchtlingen nicht neuerlich als Zielgebiet ins Auge gefasst werden.

**10) Oberösterreich leistet Hilfe vor Ort**

Oberösterreich ist ein Land der Hilfsbereitschaft und des sozialen Engagements. Das hat sich schon in den Jahren der Balkankriege gezeigt. Das zeigt sich aktuell unter dem Motto „Hilfe vor Ort“. Dafür hat die Landesregierung beispielsweise dieser Tage wieder der Caritas und dem Roten Kreuz insgesamt 200.000 Euro für regionale Soforthilfe zugunsten von Afghanistan-Flüchtlingen übergeben. Zudem wird für gestrandete Flüchtlinge im bosnischen Lipa in Kooperation zwischen Land OÖ (110.000 Euro) und Hilfswerk International eine Wasserversorgungsanlage errichtet.